

3 **Maturitätsquote stieg im Coronajahr 2020**
Die BMS-Absolventen verschaffen der Quote einen klaren Schub.

8 **Weitere Petition zu Corona lanciert**
Stocker skizziert seine alternative Bewältigungsstrategie.

15 **WM-Premiere für Nina Riedener**
Skatingrennen zum Auftakt
20-Jährige legt starken Steigerungslauf hin

ANZEIGE



Volksblatt



Mittwoch, 3. März 2021
144. Jahrgang Nr. 41

Die Tageszeitung  für Liechtenstein

Heute

**«Schönste Bücher 2020»
Gewinner werden digital präsentiert**

Beim Wettbewerb «Schönste Bücher aus Liechtenstein 2020» wurden 34 Werke eingereicht. So viele wie noch nie. Heute werden die drei Bücher, die die Fachjury überzeugten, ausgezeichnet. Interessierte können die Prämierung per Livestream auf www.aku.lv.li mitverfolgen. Sie beginnt um 17 Uhr.

Inland Die LKW setzen künftig auf ökologischeren Strom als neuen Standard. Wer dies nicht will, muss reagieren. Nicht alle Kunden sind darüber erfreut. **Seite 2**

Inland An der Parteispitze der Vaterländischen Union (VU) soll Alt-Regierungschef-Stellvertreter Thomas Zweifelhofer auf Günther Fritz folgen. **Seite 9**

Hintergrund «Teheran behält sowohl die wirtschaftliche als auch die sicherheitspolitische Dominanz über den Irak. Der neue Premierminister in Bagdad, Mustafa Al-Kadhimi, kam auf einer Welle antiiranischer Stimmung an die Macht und arbeitet daran, den Würgegriff des Irans langsam abzubauen», schreibt Amatzia Baram. Gelingen wird das Al-Kadhimi wohl nicht. **Seite 11**

Sport Nächstes «Sechspunkte-Spiel» für den FC Vaduz. Gegen Mitaufsteiger Lausanne-Sport will der FCV seine tolle Serie seit der Winterpause (15 Punkte) fortsetzen und bis auf zwei Zähler an die Waadtländer heranrücken. **Seite 17**

Panorama Rund 1,6 Milliarden Menschen leben mit Hörverlust, hat die Weltgesundheitsorganisation WHO zum Welttag des Hörens am 3. März hochgerechnet. Millionen von ihnen hätten mit einfachen Mitteln vor Hörschäden bewahrt werden können. **Seite 24**

Wetter Trotz Schleierwolken viel Sonne und frühlingshaft mild. **Seite 22**  2° 15°

Inhalt			
Inland	2-9	Kultur	21
Ausland	12	Kino/Wetter	22
Wirtschaft 13+14		TV	23
Sport	15-19	Panorama	24

Fr. 2.50 www.volksblatt.li



Ein Jahr Corona in Liechtenstein: Zwischen Müdigkeit und Hoffnung

Pandemie Was in China begann, fand über Norditalien und die Schweiz den Weg ins Land. Ein Jahr nach dem Coronaausbruch in Liechtenstein schwinden die Kräfte. Obwohl die Gefahr noch nicht gebannt ist, besteht Hoffnung.

VON DAVID SELE

Ein junger Mann hatte in der Schweiz Kontakt mit einer infizierten Person, er wird positiv auf das Virus getestet. Damit war heute vor einem Jahr, am 3. März 2020, Liechtensteins erster Coronafall Realität. Eine wirkliche Überraschung war es nicht. Wenige Tage zuvor war der erste Fall in der Schweiz bestätigt worden, nachdem sich dieses neuartige Coronavirus aus China bereits rege in Norditalien verbreitet und das Gesundheitssystem zum Kollaps gebracht hatte.

Es werde wahrscheinlich nicht die einzige Infektion in Liechtenstein bleiben, konstatierte Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini gewohnt nüchtern. Dabei dürften ihn die Sorgen dennoch geplagt haben. Schutzmaterial war Mangelware. Es folgten wilde Wochen, in denen der Gesundheitsminister gar einmal um Schnaps-spenden bat, um Desinfektionsmittel zu gewinnen. Liechtenstein wechselte in den Krisenmodus. Unser aller Leben veränderte sich schlagartig. Nicht nur, aber auch weil die Regierung innert kürzester Zeit zahlreiche Einschränkungen erliess. «Wir haben das Machbare reichlich strapaziert. Das erforderte in einer Demokratie einiges an Überwindung, aber es war nötig, und es ist leider immer noch nötig», reflektierte Pedrazzini zum Ende des Jahres 2020.

Viel Zustimmung, wenig Diskurs

Doch die Bevölkerung stand hinter der Regierung. Was damals im März 2020 spürbar war, bestätigte sich im Sommer in einer Umfrage des Liechtenstein-Instituts. Und selbst während des Winter-Lockdowns vor den Wahlen 2021 erhielt die Coronapolitik noch immer mehrheitlich gute Noten. «Das ist keine Selbstverständlichkeit», sagt der Direktor des Liechtenstein-Instituts Christian Frommelt im «Volksblatt»-Interview. Wie sich



Eine der ersten Medienkonferenzen der Regierung am 13. März 2020 im Fürst Johannes Saal – damals noch vor dicht an dicht versammelter Presse. Masken und Abstand setzten sich offensichtlich erst später durch. (Foto: Michael Zanghellini)

Liechtenstein in der Pandemie geschlagen hat, lasse sich abschliessend aber erst im Nachhinein beurteilen, findet der Politologe. Zumindest wirtschaftlich ist das Fürstentum bisher vergleichsweise glimpflich durch die Krise gekommen – wengleich zahlreiche Arbeitnehmer wegen Kurzarbeit finanzielle Einbusen hinnehmen mussten. Doch am stärksten unterscheidet sich Liechtenstein von anderen Ländern wohl darin, dass die Pandemie bislang kaum politisch ausgeschlachtet wurde. Keine Partei griff die Coronapolitik fundamental und offen an. Kritik an den Details fiel zumeist auf fruchtlosen Boden. Wohl herrschte

die Erkenntnis vor, dass niemand die Patentlösung parat hat. Übrig blieb der Pragmatismus – und der politische Diskurs auf der Strecke.

Hoffen auf Impfung

Innerhalb eines Jahres haben sich nun fast 2600 Einwohner Liechtensteins mit dem Coronavirus infiziert, 54 sind verstorben. Über 5400 Personen mussten zwischenzeitlich in Quarantäne – manche sogar mehrfach. Dass die Pandemie noch nicht vorbei ist, wird kaum mehr jemand hören wollen. Die viel beschriebene «Coronamüdigkeit» hat endgültig Einzug gehalten. Zwar sind mittlerweile über 800 Perso-

nen in Liechtenstein komplett gegen Corona geimpft, und viele Erkenntnisse zum neuen Virus sind gewonnen. «Doch trotz dieser Erfolge überrascht uns das SARS-CoV-2-Virus immer wieder, zum Beispiel mit dem Auftreten von neuen Mutationen», sagt Amtsärztin Silvia Dehler im «Volksblatt»-Interview. Dennoch sei sie zuversichtlich, dass die neuerdings wieder steigenden Fallzahlen in den Griff zu bekommen sind, «wenn wir uns alle bemühen». Dehler hofft, dass sich Liechtenstein mit einer zunehmenden Durchimpfungsrate schon bald wieder mehr in Richtung Normalität bewegt. **Seiten 5, 6 und 7**

VU und FBP Grossparteien treten in Koalitionsverhandlungen ein

VADUZ Die Delegationen von VU und FBP haben sich nach drei Treffen in grundsätzlichen Fragen so weit geeinigt, dass nun der Eintritt in die eigentlichen Koalitionsverhandlungen folgen kann. Das teilten die Parteien am Dienstag mit. Beide Delegationen werden sich laut Mitteilung zeitnah zu weiteren Gesprächen treffen. «Über den Inhalt der Gespräche wurde weiterhin Stillschweigen vereinbart», heisst es in der Mitteilung. Damit bleibt offen, ob mit den «grundsätzlichen Fragen» insbesondere die personell brisanten Knöpfe gelöst werden konnten. Als relativ sicher galt im Vorfeld der Gespräche einzig, dass die VU mit Daniel Risch

den neuen Regierungschef stellen wird. Die FBP wollte sowohl über die Regierungsmehrheit als auch über das Amt des Landtagspräsidenten verhandeln. Inwiefern es hier Zugeständnisse gab, wird sich wohl in den nächsten Wochen herausstellen. Nach dem historisch knappen Ergebnis der Landtagswahlen 2021 resultiert im neuen Landtag eine Patt-situation zwischen den beiden Grossparteien. VU und FBP vereinen jeweils 10 der 25 Mandate auf sich. Dies führte nach dem Wahlsonntag vom 7. Februar zu hitzigen Diskussionen, welche Partei in den kommenden vier Jahren die Führung für sich beanspruchen kann. (red/pd)

«Ibiza-Video» Mutmasslicher Drahtzieher vor Auslieferung

BERLIN Der mutmassliche Drahtzieher des «Ibiza-Videos» soll nach Österreich ausgeliefert werden. Das Kammergericht Berlin habe entschieden, dass eine Auslieferung zulässig sei, sagte Gerichtssprecherin Lisa Jani am Dienstag auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur. Der heute 40 Jahre alte Mann, der mit europäischem Haftbefehl gesucht wurde, war Mitte Dezember 2020 in der deutschen Hauptstadt festgenommen worden.

«(...) Verfahren ist in Gange»

Die Gerichtssprecherin sagte, es gehe dabei nicht um die Fertigung der Aufzeichnungen, sondern um mög-

che Erpressung im Zusammenhang mit dem Video sowie mutmassliche Drogen-Straftaten. Bei der Staatsanwaltschaft hiess es: «Das Auslieferungsverfahren ist in Gange.» Das im Mai 2019 veröffentlichte Video hatte zum Sturz der Regierung von konservativer ÖVP und rechter FPÖ geführt. Der damalige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache wirkte auf dem heimlich aufgenommenen Video anfällig für Korruption. Wann der 40-Jährige Deutschland verlassen muss, blieb zunächst unklar. Nach dpa-Informationen soll er zuvor noch vom Wirecard-Untersuchungsausschuss des Bundestags als Zeuge befragt werden. (sda/dpa)